

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/138

Bad Godesberg, den 24. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nur unsere Brieftaschen ?</u> ----- Die Sonntagsreden des Herrn Seeborn	44
2	<u>Relikt aus vergangener Zeit</u> ----- Deutsche Fremdenlegionäre dienen für Spanien	34
3	<u>Dr. Thomas Dehler</u> ----- Im Gedenken an einen großen Liberalen	31
4	<u>Versäumnisse der Vergangenheit...</u> ----- Neumünster - eine Stadt bangt um ihre Zukunft	43
5	<u>Spanische Methoden ?</u> ----- Falsche Anschuldigungen gegen Gewerkschaftler	38
6	<u>Albanien in Abhängigkeit</u> ----- Starker chinesischer Einfluß im Lande der Skipetaren Von H. E. Vogel	39

\* \* \*

Nur unsere Brieftaschen ?

Die Sonntagsreden des Herrn Seeböhm

sp - Der frühere Bundesverkehrsminister Seeböhm kann es nicht lassen. Während sich die Bundesregierung, vertreten durch Botschafter Egon Bahr, in Prag bemüht, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR in ein für beide Staaten annehmbares Verhältnis zu bringen, spricht Herr Seeböhm von "unseren Brieftaschen", auf die es die Regierungen der Ostblockstaaten "nur abgesehen" hätten.

Diese Äußerung ist ebenso deplaziert wie dumm. Wenn es nämlich die CSSR tatsächlich nur auf unsere Brieftaschen abgesehen hätte, dann wäre der Regierung in Prag schon längst etwas eingefallen, was sie vielleicht diesem Ziel näherbringen könnte.

Natürlich weiß Herr Seeböhm ganz genau, was er mit seinen Sonntagsreden anrichtet. Er hat es schon immer gewußt; auch, als er noch Bundesminister war. Die verletzenden und gerade in dieser Situation provozierend wirkenden Bemerkungen des Herrn Seeböhm werden bei unseren östlichen Nachbarn wieder einmal alle jene Elemente mobilisieren, die systematisch verhindern wollen, daß zwischen Deutschland und ihnen endlich normale Beziehungen entstehen.

Die neue Bundesregierung ist entschlossen, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn zu verbessern. Das hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung unmißverständlich gesagt. Ebenso deutlich haben der Bundeskanzler und mit ihm alle Kabinettsmitglieder in den vergangenen Monaten mehrfach erklärt, man werde bei der Verfolgung dieses Zieles selbstverständlich die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu wahren wissen. Nachdem fast zwanzig Jahre vergangen sind, ohne daß es gelungen wäre, auch mit unseren östlichen Nachbarn in ein gutnachbarliches Verhältnis zu gelangen, werden jetzt mit Methoden, die der veränderten Weltlage entsprechen, neue Versuche unternommen. Wer diese Versuche durch taktlose und den Gesprächspartner beleidigende Äußerungen stört, muß sich sagen lassen, daß er entweder nichts gelernt hat oder verhindern will, daß wir dort präsent sind, wo wir aus naheliegenden Gründen präsent sein müssen.

Daß die Vertreter kommunistischer Regierungen keine leicht zu nehmenden Gesprächspartner sind, ist hinreichend bekannt; auch die Vertreter nichtkommunistischer Regierungen können in Verhandlungen hart und unerbittlich sein. Herr Seeböhm sagt also nichts Neues, wenn er auf Schwierigkeiten verweist, die sich bei dem Versuch zur Normalisierung der Beziehungen auch zu unseren östlichen Nachbarn immer wieder ergeben werden. Es ist aber eine schlechte Politik und ein Verhalten, das den wohlverstandenen deutschen Interessen abträglich sein muß, wenn durch Reden à la Seeböhm erneut Gräben aufgerissen werden, die zu planieren man sich gerade anschickt. In Prag darf man die Gewißheit haben, daß Herr Seeböhm nicht für die Deutschen spricht.

Relikt aus vergangener Zeit

Deutsche Fremdenlegionäre dienen für Spanien

sp - "Vielleicht zweihundert, vielleicht auch dreihundert." Mit dieser vagen Zahlenangabe umschreibt der ehemalige spanische Legionskommandeur Oberst B. P e l a e z, ein "old Africa hand", die Anzahl deutscher Fremdenlegionäre in spanischen Diensten. "Nicht nur die Legion Condor, auch die deutschen Fremdenlegionäre haben uns geholfen," bekennt er freimütig und schweigt in Erinnerungen an "alte Zeiten" im heißen Wüstensand von Spanisch-Guinea, im Schatten der Minarets von Sidi Ifni oder an den Gestaden der afrikanischen Provinzen Ceuta und Melilla.

Nur in Afrika werden die Legionäre - sie heißen übrigens nicht Fremdenlegionäre - ebenso eingesetzt wie ihre Kollegen von der jetzt auf Korsika stationierten französischen Fremdenlegion. Nach der Liquidierung der großen europäischen Kolonialreiche verblieben nur noch Frankreich und Spanien mit Legionärstruppen.

Jetzt hat die spanische Presse eine Werbekampagne für den Eintritt in die Legion gestartet. Spanier und Ausländer zwischen 18 und 30 Jahren sollen sich melden, heißt es in den Anzeigen, die dem Bewerber ein Handgeld von umgerechnet 140 DM und einen Anfangs-Wehrgeld von 2 DM pro Tag versprechen. Neben verschiedenen kleineren Vergünstigungen, wie Afrika-Zulage, billige Einkaufsmöglichkeiten kann bei Bewährung die Einbürgerung auf Wunsch nach drei Jahren beantragt werden.

Die Spanier werden mit ihrer Werbekampagne wenig Glück haben, denn die Legion ist nicht mehr gefragt, selbst nicht in den Ländern mit Wirtschaftsfloreszenz. Abenteurer werden für andere Aufgaben geworben und bedeutend besser honoriert. Die Spanier wollen keine Abenteurer; ihre Einstellungsbedingungen sind denen der früheren holländischen Legion angepasst. Minderjährige bedürfen der elterlichen Zustimmung. Wer kein Leumundszeugnis vorzuweisen hat oder vorbestraft ist, findet die Kasernenpforte Spanisch-Afrikas verschlossen.

Die spanische Fremdenlegion wird eine Söldnertruppe ohne Zukunft bleiben; sie ist mehr ein Relikt aus vergangener Zeit als eine kriegsentscheidende Streitmacht oder Schutztruppe. In ihrer Khaki-Uniform sehen Spaniens Legionäre zwar malerisch aus, doch der farbenprächtige Anblick dieser jungen Leute sagt nichts über die eiserne Disziplin und Härte dieser Truppe, nichts über Malaria, Durst und quälende Tropenhitze, die ständigen Begleiter der Legionäre.

Dr. Thomas Dehler

Im Gedenken an einen großen Liberalen

sp - Von Thomas Dehler stammt das Wort, ein Liberaler muß immer unbequem sein. Gefragt, ob er sich denn in der Rolle eines Unbequemen, des Mahners und des harten Kritikers wohl fühle, sagte Dehler einmal, er könne sich das Leben nicht vorstellen, ohne so zu sein, wie er von seinen Freunden und Gegnern eingeschätzt werde: unbequem, mahnend und kritisierend.

Bis in die letzten Tage seines Daseins hat Thomas Dehler dieses sein Leben gelebt. Ruhe im politischen Raum betrachtete er als Ärgernis, Schweigen als den Verfall der Demokratie. Daß er bei seinem Streben, die Demokratie mit neuem Leben zu erfüllen, manchesmal über das Ziel hinaus-schoß, wußte Thomas Dehler sehr wohl. Er gab es selbst zu, wenn man ihn danach fragte. Er drängte auch dann nach der Kontroverse, wenn er fühlen mußte, daß ihm niemand antworten wollte.

Freunde und Gegner haben diesen Mann stets geachtet. Sie verziehen ihm sogar seine gelegentlich scharfen Formulierungen, weil sie doch immer spürten, daß es diesem Mann nicht um das Verletzen einer Person, sondern um die Sache der Demokratie ging, der er sich mit Leib und Seele verschrieben hatte.

Jetzt hat uns Thomas Dehler verlassen. Wir werden nicht mehr den kämpferischen Liberalen hören, wir werden nicht mehr beobachten können, wie dieser immer brodelnde Vulkan den nächsten Ausbruch einzudämmen versuchte. Thomas Dehler war ein Liberaler der alten Schule, ein Mann, von dem jeder wußte, daß er sich nur seinem Gewissen gegenüber verpflichtet fühlte. Kein noch so hohes Amt konnte ihn zum Schweigen veranlassen.

Es gibt nicht mehr viele Männer im politischen Leben Deutschlands, die wie Thomas Dehler mit Leidenschaft und großer rhetorischer Kraft die "res publica" als Zentrum ihres Denkens in Erscheinung treten lassen, sich selbst und andere mitreißend, der Sache des Gemeinwohls dienend.

Wir gedenken des großen Liberalen Thomas Dehler in Ehrfurcht und Respekt vor dem Mut und der Unbeugsamkeit, mit der er der deutschen Politik stets neuen Atem eingehaucht hat.

## Versäumnisse der Vergangenheit

### Neumünster - eine Stadt bangt um ihre Zukunft

kl. - Nächstes Jahr will Neumünster in Schleswig-Holstein eine Fläche von 75 ha zur Ansiedlung für neue Industrien am Stadtrand zur Verfügung stellen. In dieser Stadt wurden nach dem Kriege mehr als zehn Prozent des Umsatzes der westdeutschen Lederindustrie erzielt. Inzwischen aber haben mehrere Lederfabriken ihre Tore schließen müssen, und eine weitere hat die Beschäftigtenzahl von 3.000 auf 300 reduziert. Es ist verständlich, daß die Einwohnerschaft der Stadt in Sorge um die Wirtschaftslage lebt. Die Lederfabrikanten hatten nicht rechtzeitig die Umstellung auf die Kunststoffe erkannt, darüber hinaus war der Landesregierung in Kiel bekannt, was der Lederindustrie in Neumünster drohte. Auch Erhardts Regierung hatte den Strukturveränderungen und Wirtschaftseinbrüchen in diesem Raum tatenlos zugesehen. Unter den Versäumnissen hat Neumünster jetzt zu leiden.

Die Stadt hat eine qualifizierte Arbeiterschaft, die jederzeit für neuansiedelnde Industrien eingesetzt werden kann. Die Stadt liegt inmitten eines gut ausgebauten Eisenbahn- und Straßennetzes. Die Standortbedingungen für neuansiedelnde Industrien sind somit günstig. Trotz guter Verkehrsverbindungen wird die Stadt nicht vom Verkehr erdrückt.

Neben der Lederindustrie gibt es in Neumünster eine umfangreiche Textilerzeugung. In München verarbeitete Lodenstoffe werden in dieser Stadt gewebt. Inzwischen ist auch die Textilindustrie in den Konjunkturschatten geraten. Der Absatz stockt. Die ersten Entlassungen mußten vorgenommen werden. Wenn in der Textilindustrie die Flaute weiter anhält, wird es in Neumünster zu einer lang anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit größeren Umfangs kommen. Die 7.500 Einwohner der Stadt sehen sich somit der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Versäumnissen und Schwierigkeiten zu werden.

Vor einigen Tagen haben die Textilindustriellen der Stadt einen offenen Brief an die Bundesregierung gerichtet. Sie fordern die Anwendung des § 226 der EWG-Verträge. Nach dem Vertragstext können Schutzmaßnahmen dann eingeleitet werden, wenn ein Wirtschaftszweig in besondere Schwierigkeiten geraten ist. Die Unternehmer erklärten, sie seien in großer Sorge um den Bestand ihrer Industrie. Hinter dieser Sorge steht aber die Angst von etwa 4.000 Textilarbeitern um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, denn Neumünster leidet unter dem Druck ausländischer Textilimporte.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Landesregierung in Kiel einen Investitionsplan für zukunftsichere Industrien ausarbeitet. Der Stadtrat von Neumünster hat mit der zur Verfügungstellung des Industriegeländes Vorsorge für die Neuansiedlung von Industrien getroffen. Nun ist das Wirtschaftsministerium in Kiel am Zuge. Es wird auch Zeit, daß Bonn die Pläne auf den Tisch bekommt, damit Mittel aus dem Fond zur Konjunkturbelebung in Neumünster sinnvoll angelegt werden können.

Spanische Methoden?

Falsche Anschuldigungen gegen Gewerkschaftler

sp - Vor kurzem war eine Gruppe spanischer Studenten und Arbeiter als Gast der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG in der Bundesrepublik. Hier hatten die Spanier Gelegenheit, die demokratischen Institutionen kennenzulernen, mit Arbeitern und Studenten zu diskutieren sowie Einblick zu nehmen in das Funktionieren der großen gesellschaftlichen Organisationen. Natürlich wurden die Gäste auch mit den Problemen der deutschen Politik vertraut gemacht, wobei sich zur Überraschung der deutschen Gesprächspartner herausstellte, daß die Spanier über erstaunliche Kenntnisse von den Vorgängen in Deutschland verfügen. Nicht zuletzt wird dies darauf zurückgeführt, daß spanische Gastarbeiter nach oft jahrelangem Aufenthalt in der Bundesrepublik nicht verfehlen, ihren Freunden und Verwandten die Eindrücke zu schildern, die sie hier gewonnen haben.

Offensichtlich gefällt jedoch den spanischen Behörden ein solcher Gedankenaustausch nicht, trotzdem die spanische Regierung unvermindert ihre Bemühungen zur Aufnahme in die EWG fortsetzt. Die Teilnehmer an dem deutsch-spanischen Gedankenaustausch berichten, daß einer ihrer Freunde, Marcellino Camacho, von der spanischen Zeitung ARRIBA und von der Agentur PYRESA beschuldigt worden sei, er habe in einem Brief an das Organ der sowjetischen Gewerkschaften, TRUD, um Hilfe seiner "lieben Kameraden und Freunde" in seinen Bemühungen um die Liberalisierung der spanischen Gewerkschaftstätigkeit gebeten. Sicher nicht zu Unrecht wird nun vermutet, daß die spanischen Behörden Camacho durch diese falsche Behauptung erneut in Bedrängnis bringen wollten, zumal er schon einmal aufgrund falscher Anschuldigungen verhaftet worden war.

Camacho hat nunmehr durch einen Madrider Anwalt Antrag auf Zurücknahme der falschen Behauptungen gestellt. Tatsache ist, daß Camacho nie einen Brief an das sowjetische Gewerkschaftsorgan gerichtet hat. In den Gerichtsakten befindet sich dagegen ein Schreiben Camachos, das dieser an seine Freunde in einer Madrider Fabrik aus dem Gefängnis gerichtet hat.

Den spanischen Behörden scheint also nichts Besseres einzufallen, als die Methode der Fälschung, um einen unbequemen spanischen Bürger durch die konstruierte Verbindung zu sowjetischen Kommunisten zu diffamieren.

Es wäre ratsam, wenn man in Madrid möglichst bald derartige Diffamierungsmethoden unterlassen würde, da anderenfalls mit einem wachsenden Widerspruch in Europa gegen die Aufnahme Spaniens in die EWG zu rechnen ist.

## Albanien in Abhängigkeit

### Starker chinesischer Einfluß im Lande der Skipetaren

Von H.E. Vogel

Seit 1945 ist Albanien vom Regen in die Traufe gekommen: Drei Jahre wurden die stolzen Skipetaren von Jugoslawien unterstützt, das auf diese Weise versuchte, seinen politischen Einfluß auszudehnen. Von 1948 bis 1960 übernahm dann die Sowjetunion die Rolle; sie stellte Kredite in Höhe von insgesamt 210 Millionen Dollar zur Verfügung. Es kam zum ideologischen Bruch zwischen Tirana und Moskau. Im April und Mai 1961 verließen die sowjetischen Berater Albanien, die UdSSR forderte die sofortige Rückzahlung aller Kredite. Doch die albanischen Kommunisten erklärten sich für zahlungsunfähig und haben bis heute ihre Schulden nicht beglichen.

Seit 1961 ist China der Hauptgläubiger Albaniens. Zur Zeit steht Tirana bei Peking mit rund 700 Millionen Dollar in der Kreide, mit mehr also, als zuvor der gesamte kommunistische Ostblock Albanien kreditiert hat. Albanien kommt den chinesischen Kommunisten teuer. Seit 1962 muß China jedes Jahr von dem Weizen, den es für den Eigenbedarf in Frankreich, Kanada und Australien kauft, schon in der Adria ausladen lassen. Ohne diese Hilfe hätten die Albanier den Riemen enger schnallen müssen. Die kollektivisierte Landwirtschaft erzeugt immer weniger: 1955 brauchte das Land nur 27.000 Tonnen Weizen zu importieren, 1958 betrug die notwendige Einfuhr 57.000 Tonnen, jetzt belaufen sich die Importe auf 140.000 Tonnen Weizen pro Jahr.

Die Albanier haben sich in ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis begeben. Die Einfuhr aus China stieg von 8,5 Prozent (1960) auf 79 Prozent (1966). Die albanische Ausfuhr nach China nahm von 4,3 Prozent (1960) auf 56 Prozent (1966) zu. Insgesamt konnte Albanien aber durch eigene Ausfuhren nicht einmal die Hälfte der Kosten der Einfuhren decken. Die Schuldenlast wächst jährlich um 30 Millionen Dollar.

Um den Passivsaldo zu vermindern, sind die Albaner jetzt auf den Gedanken gekommen, ihrem "Bündnispartner" Dienstleistungen anzubieten und diese in der Bilanz zu verrechnen. Albanische Experten sollen Peking beraten auf dem Gebiet des Sozialversicherungs- und Gesundheitswesens, im Anbau von Tabak und Olivenhainen sowie in der Saatguterzeugung. Auch der Touristenverkehr soll als Dienstleistung Verrechnungseinheiten bringen.

Peking legt auf solche Art von "Bezahlung" wenig Wert. Es verlangt eine andere Gegenleistung. Das kommunistische Albanien vertritt synchron innen- und außenpolitisch die Ansichten Pekings. Tirana dient als europäisches Sprachrohr der "asiatischen Großmacht", als propagandistische Filiale und als Sprungbrett für chinesische Interessen in Europa.